

Ersteint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag).
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Ersteint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag).
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.
Neununddreißigster Jahrgang.

Nr. 16.

Dienstag, den 25. Februar

1879.

Bekanntmachung.

Geschehener Anzeige zufolge ist das bei hiesiger Sparcasse auf den Namen **Ernst Robert Gerschner** in **Pesterwitz** ausgestellte Einlegebuch Nr. 21,937 dem Einleger abhanden gekommen.

Mit Hinweis auf § 18 des für genannte Sparcasse geltenden Regulativs wird der etwaige Inhaber dieses Einlegebuchs andurch aufgefordert, seine Ansprüche an dasselbe, wenn er solche zu haben vermeint, bei Verlust derselben binnen drei Monaten, vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der hiesigen Sparcassenverwaltung anzuzeigen.

Wilsdruff, am 24. Februar 1879.

Die Sparcassenverwaltung.

Ficker, Bergmstr.

Generalversammlung

des Vereins für das Bezirks-Armen- und Arbeits-Haus zu Silberdorf,
Sonnabend, den 29. März 1879

Vormittags 11 Uhr,

in der Restauration von **Debus** zu Freiberg.

Tagesordnung:

- 1., Bericht über die Jahresrechnung p. 1878 und die dagegen gezogenen Erinnerungen, Berathung und Beschlußfassung über Justification der Rechnung.
- 2., Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1878.
- 3., Vortrag des Voranschlags für das Jahr 1879, Beschlußfassung hierüber und über die beantragte Ermächtigung zu Ausschreibung einer halben Anlage.
- 4., Neuwahl des Ausschusses.
- 5., Berathung und Beschluß über den Vorschlag des Ausschusses wegen Abänderung von § 2 der Hausordnung, die Kleidung der Häuslinge betr.

Tagesgeschichte.

Der deutsche Reichstag, der in den ersten Tagen seiner Zusammenberufung den Eindruck machte, als ob die bevorstehende Session ihm nicht einmal so viel Interesse einzulösen vermöchte, daß er sich rechtzeitig vollzählig zu erscheinen veranlaßt gesehen, ist nach dem acht-tägigen Scharmügel um die Besetzung der Präsidentenstühle plötzlich mit großer Energie in die Action getreten. Die Präsidentenwahl führte zu derselben Vertheilung der Siege, wie in der letzten Session. Die ersten beiden nahmen die Nationalliberalen ein, den dritten ein Freiconservativer, der Freund des Fürsten Bismarck, Herr Lucius. An die Wahl des Bureaus schloß sich die erste Socialisten-debatte dieser Session, veranlaßt durch den Antrag des hiesigen Staatsanwalts, der Reichstag möge seine schützende Hand von den „Störern der Ruhe und Ordnung“, den ausgewiesenen Abgg. Frischa und Hasselmann, zurückziehen, damit sie unter Anklage gestellt werden könnten, weil sie der Einberufungsordre zum Reichstage gefolgt seien. Der Reichstag begnügte sich nicht damit, dies Ansuchen zurückzuweisen, sondern er fügte auch noch eine Declaration des § 28 des Socialistengesetzes hinzu, um die bedrohten Abgeordneten in der Ausübung ihres Mandates zu schützen. Von Erfolg wird zunächst nur die Ablehnung des Antrages auf Genehmigung der Verfolgung sein, indem dadurch die beiden Abgeordneten tatsächlich in Stand gesetzt werden, während der Dauer der Session unbehelligt ihren Obliegenheiten nachzukommen. Welche Wirkung die Declaration zu § 28 haben wird, wird sich erst nach Schluß der Session zeigen; es wird sich dann auch zeigen, welchen Werth die Regierung Beschlüssen des Reichstages, welche nicht zu Gesetzen werden, sondern nur die Ansicht des Reichstages über von ihm erlassene Gesetze aussprechen, beilegt. Da die Staatsanwaltschaft von dem Justizminister abhängig ist, der Justizminister aber den Debatten des Reichstages beigewohnt hat und von dessen Beschlüssen auch sonst wohl Kenntniß erhalten wird, so ist er in der Lage, ferneren Conflicten dadurch vorzubeugen, daß er die Staatsanwaltschaft im Sinne der Reichstags-declaration instruiert. Es wäre natürlich nichts als eine leere Ausrede, wenn auch diesmal wieder die durchsichtige Wand der Pflicht zwischen dem Justizminister und der Staatsanwaltschaft gezogen würde. Erfolgt nach Schluß der Session eine Anklage gegen die beiden Abgeordneten, so wird man für diese Maßregel unmittelbar den Herrn Justizminister Leonhard verantwortlich zu machen haben. — Auf die erste Socialisten-debatte folgte die Berathung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die zweitägige Debatte führte vorläufig zu keinem anderen Ergebnis, als daß der Reichskanzler sich am zweiten Tage in einer längeren Rede mit seinem langjährigen Mitarbeiter Delbrück auseinandersetzte. Man erfuhr aus dieser Rede, daß Fürst Bismarck die Anerkennung, die ihm um seiner früheren wirtschaftlichen Politik willen gezollt wurde, zurückweist, indem er erklärt, daß ihm die damalige Wirtschaftspolitik nur als Hebel für seine politischen Zwecke gedient habe. Er selbst habe sich im Uebrigen der Führung Delbrück's anvertraut und sich erst neuerdings seine eigene Ueberzeugung gebildet. Nunmehr gedenke er jedoch an dieser festzuhalten und, wenn er nicht

sofortigen Erfolg finden sollte, denselben Weg immer von Neuem zu versuchen. Diese Worte eröffnen eine sehr klare Perspective in die zukünftige Wirtschaftspolitik des Reiches. Sie sind nur eine nochmalige Beglaubigung dessen, was schon die Thronrede unzweifelhaft erscheinen ließ: daß die Regierung mit aller Energie auf dem einmal betretenen Wege verharren werde.

Ueber das vorige Woche stattgefundene parlamentarische Diner bei Bismarck, zu dem ausschließlich Landboten aller Fractionen, mit Ausschluß des Centrums und der Fortschrittspartei, geladen waren, erzählt man verschiedene Einzelheiten, von denen wir folgende hier mittheilen. Dasselbe begann um 5 Uhr Nachmittags. Binnen einer Stunde wurden im Marmorsaale 12 Gänge bewältigt; dann kam im Vorzimmer bei Pfeife, Cigarre und Pappenheimer Bier der parlamentarische Nachtisch, wobei Bismarck seinen Gästen selbst servierte, indem er eingehend seine Zollpolitik besprach und seine Vorschläge zu Zoll- und Wirtschaftsreformen einem Weihnachtstische verglich, auf dem allerlei Sachen aufgebaut seien, die Herren im Reichstage könnten sich ansuchen, was ihnen beliebe; es seien freilich auch einige Waldteufel darunter. Auch die Eisenbahnfrage und der Culturkampf kamen zur Besprechung; bezüglich des letzteren meinte der Fürst, daß der Friede mit Rom dem Abschlusse noch nicht so nahe sei, als man gewöhnlich glaube. Bei Erwähnung des Mangels an passenden Wohnungen für die Reichsgerichtsräthe in Leipzig meinte er, er sei für Berlin gewesen, die Herren müßten jetzt sehen, wie sie sich in Leipzig einrichteten, man könne ja für sie das alte Leipziger Meßrecht zur Geltung bringen, wonach den Meßfremden den Bürgern gegenüber ein Expropriationsrecht bestehe. Als um 8 Uhr die Gäste sich verabschiedeten, äußerte Bismarck, seine Tafel (d. h. seine Zollbescheerung zu Weihnachten) scheine nicht viel Beifall gefunden zu haben. Da antwortete einer der Gäste: „Durchlaucht, es sind zu viel Waldteufel dabei.“

Der „Magd. Zeit.“ zufolge soll einer der entschiedensten Verehrer Bismarck's, der bekannte Heinrich v. Treischke unumwunden erklärt haben, daß er mit der vom Fürsten vertretenen Handelspolitik, namentlich im Punkte der Getreidezölle, sich nicht befreunden könne.

Berlin, 20. Febr. Professor Dr. Virchow hielt in der gestrigen Sitzung der Medicinischen Gesellschaft einen Vortrag über die Pest, wobei er die Pest in Astrachan für die orientalische erklärte und die deutschen Schutzmaßregeln als auf zu breiter Basis beruhend bezeichnete. Das Hauptaugenmerk müsse dahin gehen, daß die rückkehrende russische Armee unter ärztliche Inspection gestellt werde. Die Pest sei nicht schlimmer als die Cholera. Die Kranken seien zu isoliren und unter gute äußere Bedingungen zu bringen. Die Pest sei unzweifelhaft contagios; worin aber das Contagium bestehe, sei unbekannt. Wegen dieser Kenntniß des Contagiums sei eine genaue Bezeichnung von der Einfuhr auszuschließender Gegenstände schwierig. Die rationalste Desinfection sei die in den hiesigen Baracken angewandte trockene Hitze.

Sicherem Vernehmen nach ist vom Generalpostmeister die Einrichtung von Postsparkassen, wie solche in verschiedenen Ländern bereits erfolgreich bestehen, in Aussicht genommen. Diese Erweiterung der postalischen Thätigkeit ist im Interesse der Arbeiterbevölker-